

2|26

Stadtpunkte

IM FOKUS

Finanznot der Städte wird immer größer – Soforthilfe von Bund und Land nötig

Strukturreform des Schienenverkehrs: Kommunale Risiken bleiben

KALEIDOSKOP

AUS DEN STÄDTEN

Duisburgs neues Recyclingzentrum: modern, kundenfreundlich, nachhaltig

FACHINFORMATIONEN

GERN GESEHEN

Heimattierpark Olderdissen in Bielefeld



Finanznot der Städte wird immer größer – Soforthilfe von Bund und Land nötig

„Die kommunalen Haushalte sind im freien Fall – in NRW, aber auch bundesweit.“ Mit diesen deutlichen Worten beschreibt Marc Herter, Vorsitzender des Städtetages NRW, gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) die dramatische Finanzlage der kommunalen Haushalte und fordert von Land und Bund, sie müssten jetzt sehr schnell ins Tun kommen. „Lippenbekenntnisse, dass der Ernst der Lage in den Kommunen erkannt ist, helfen uns kein Stück mehr weiter. Wir brauchen am besten noch in diesem Jahr eine Soforthilfe, sowohl vom Land als auch vom Bund“, so Herter.

Laut aktueller Kassenstatistik hat sich das Defizit der kommunalen Haushalte in NRW im vergangenen Jahr auf 9,4 Milliarden Euro erhöht. Das sind noch einmal 37,5 Prozent mehr als noch 2024. „Es ist eigentlich schon fünf nach zwölf“, kommentiert der Vorsitzende des Städtetages NRW und schlägt vor: Die Landesregierung sollte als Soforthilfe den sogenannten Verbundsatz für die Kommunen im Gemeindefinanzierungsgesetz auf 28 Prozent anheben. Dann würde das Land – das in den vergangenen Jahren stets Überschüsse erwirtschaften konnte – weitere 3,6 Milliarden Euro an die Kommunen abgeben und damit einen fairen Beitrag zur kommunalen Aufgabenlast leisten.



Foto: Ratz

„Lippenbekenntnisse, dass der Ernst der Lage in den Kommunen erkannt ist, helfen uns kein Stück mehr weiter.“

Marc Herter
Oberbürgermeister
der Stadt Hamm und
Vorsitzender des Städtetages NRW

Aber auch der Bund müsste aktiv werden, so Herter. Auch der Deutsche Städtetag fordert eine jährliche Soforthilfe – 30 Milliarden Euro

Fakten zu den Kommunalfinanzen

- Das Finanzierungsdefizit der Städte und Gemeinden liegt laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2025 bei 31,9 Milliarden Euro
- Die Haushaltslage spitzt sich zu, weil die Ausgaben u. a. für soziale Leistungen und Personaldynamisch steigen
- Die Einnahmen der Kommunen halten damit seit Jahren nicht Schritt
- Bund und Land verlagern ohne gesicherte Finanzierung immer neue Aufgaben auf die Kommunen
- Geld fehlt für Investitionen, Infrastruktur und zentrale Angebote für die Menschen
- Die Städte leisten ein Viertel der staatlichen Ausgaben, haben aber nur ein Siebtel der staatlichen Steuereinnahmen
- Städte fordern deutliche Entlastung bei den Sozialausgaben und eine nachhaltige Stärkung der kommunalen Einnahmen

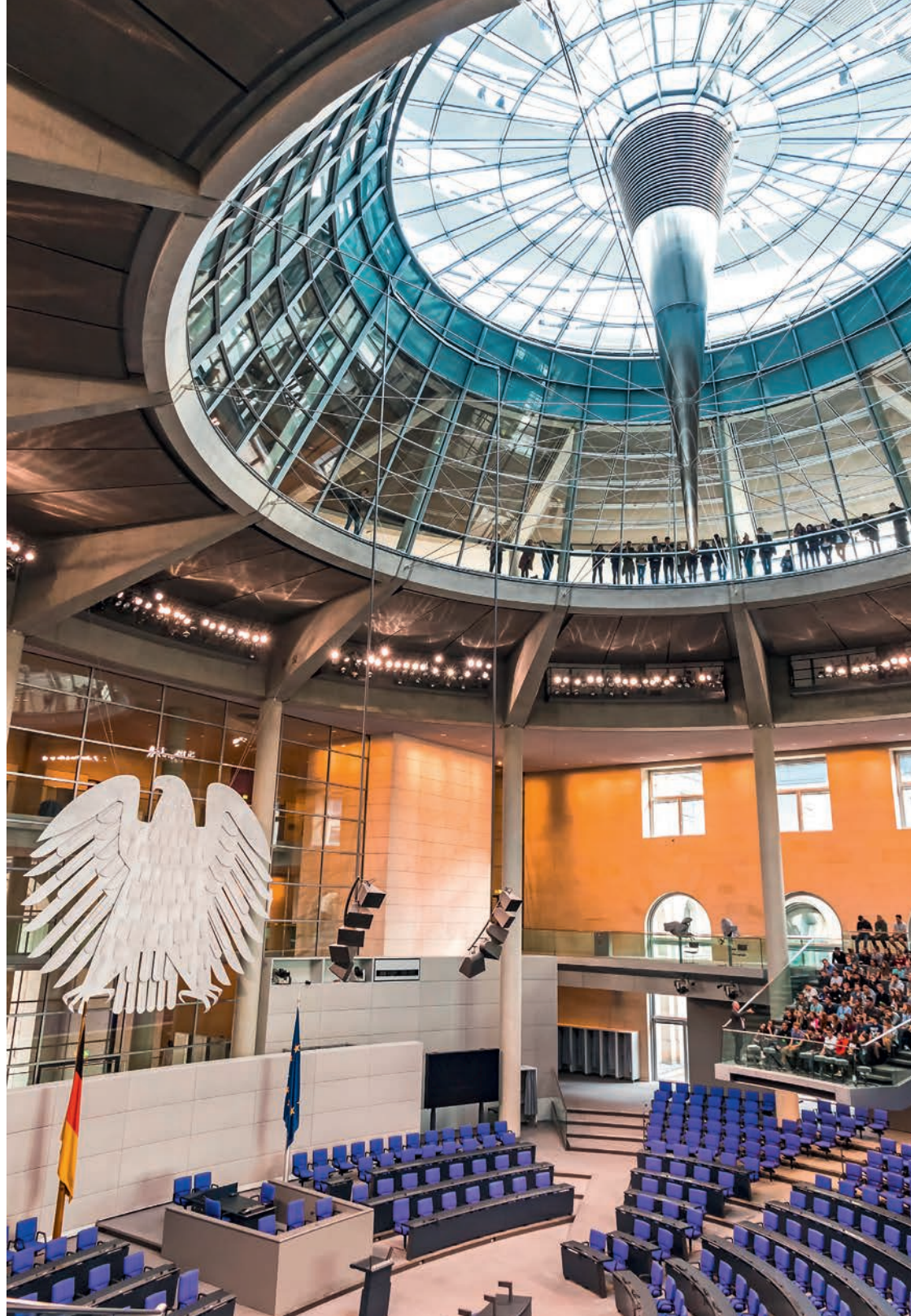
für die deutschen Kommunen insgesamt. Das entspreche in etwa dem bundesweiten Defizit der Städte, Gemeinden und Landkreise. Die sofortige Entlastung wäre möglich, wenn der Anteil der Kommunen an den Umsatzsteuereinnahmen erhöht werde, so der Vorschlag des Städtetages.

Natürlich könne die Soforthilfe auch wieder zurückgefahren werden, wenn Reformen von Bund und Ländern wirken, die die Städte dauerhaft entlasten, so Herter: „Aber diese Reformen müssen dann jetzt auch endlich kommen.“ Die städtischen Haushalte in NRW ächzten vor allem unter den vielen Aufgaben, die der Bund und das Land ihnen übertragen hätten, ohne gleichzeitig für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Ein Beispiel sei der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Mehrere NRW-Städte klagten hier aktuell vor den Verwaltungsgerichten, um endlich die Finanzierung zu klären.

Und noch einen Punkt betont Herter sehr deutlich: „Außerdem muss Schluss damit sein, dass wir trotzdem immer wieder Pläne von Land und Bund auf den Tisch bekommen, die für uns noch mehr Aufgaben mit unklarer Finanzierung oder weniger Mittel bedeuten.“

Diese Liste sei leider lang: Beim Inklusionsfördergesetz für die Inklusion an Schulen könnte es künftig weniger Geld vom Land geben. Beim Belastungsausgleich Jugendhilfe gebe es mit Blick auf die U3-Kinderbetreuung seit Jahren zu wenig Geld für die Kommunen und auch der Bund schein sich oft noch zu denken: „Die Städte werden

es schon richten“, so Herter. Anders sei es nicht zu erklären, dass die Bundesregierung bei den Integrationskursen spare und die Kommunen damit potenziell zu Ausfallbürgen mache, die das Kursangebot irgendwie aufrechterhalten müssten. Das würden die Kommunen in diesem Land nicht leisten können.



U. a. im Bundestag müssten Soforthilfen beschlossen werden. (Foto: katatonia stock.adobe.com)



Rhein-Ruhr-Express (Foto: etfoto stock.adobe.com)

Strukturreform des Schienenverkehrs: Kommunale Risiken bleiben

Von Claudia Vago

Die Landesregierung plant eine umfassende Neuorganisation des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in Nordrhein-Westfalen. Kern ist die Bündelung der drei bestehenden Verbände in einer neuen, landesweit tätigen Organisation „Schiene.NRW“ in kommunaler Trägerschaft. Ziel ist eine effizientere und einheitlichere Gestaltung des SPNV mit besseren Dienstleistungen und verlässlicheren Verbindungen. Für die Städte bleiben jedoch zentrale Fragen offen.

Nach einem aufwendigen Abstimmungsprozess hat das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW (MUNV NRW) im September 2025 die Verbändeanhörung zum Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen

Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (10. ÖPNVG-ÄndG-E) eingeleitet. Der Städtetag hat zusammen mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden am Referentenentwurf deutliche Kritik geäußert. Im Mittelpunkt standen massive kredit- und haftungsrechtliche Bedenken, mögliche Verstöße gegen kommunalverfassungsrechtliche Grundsätze sowie die grundsätzliche Frage, ob das Land – angesichts der vorgesehenen umfangreichen Mitwirkungsrechte – nicht konsequenterweise selbst eine Landeseisenbahngesellschaft gründen sollte. Hinzu traten auch die finanziellen Auswirkungen, denn Mittel aus der SPNV-Pauschale dürfen zukünftig nicht mehr für das Verknüpfen von Mobilitätsketten zwischen regionalen und lokalen öffentlichen Verkehrsmitteln eingesetzt werden. Die Kompensation durch das bislang sehr moderate

Aufstocken der ÖPNV-Pauschale von 130 auf 160 Millionen Euro ist in jedem Fall nicht ausreichend. Hier fordert der Städtetag, die ÖPNV-Pauschale mindestens und zusätzlich um die Inflationsrate und die vom Land nicht weitergereichte Dynamisierung der Regionalisierungsmittel zu erhöhen.

Der Gesetzentwurf wurde im Dezember 2025 beschlossen und Anfang 2026 erstmals im Landtag beraten. Die Anhörung der Verbände fand am 27. März 2026 im Landtag statt.

Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf enthält die aktuelle Fassung einige Verbesserungen: Der Verwaltungsrat soll künftig mehrheitlich aus kommunalen Hauptverwaltungsbeamten bestehen, der direkte Einfluss des Landes wird reduziert und sowohl die Verbund- als auch die ÖPNV-Pauschale sollen dynamisiert werden. Zudem soll ein „Grundangebot“ die Haftungsrisiken der Kommunen besser absichern.

Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände reichen diese Änderungen jedoch noch nicht aus. Das vorgesehene Grundangebot von 85 Millionen Zugkilometern liegt deutlich unter dem heutigen Niveau. Gleichzeitig bleibt die finanzielle Ausstattung unzureichend, zumal die ÖPNV-Pauschale seit fast zehn Jahren nicht angepasst wurde, obwohl die Kosten für Investitionen stark gestiegen sind. In vielen

Kommunen geht es aber inzwischen nicht mehr um den Ausbau, sondern um den Erhalt bestehender Angebote.

Weiterhin ungeklärt sind die Auswirkungen der Reform auf bestehende Verkehrs- und Kreditverträge. Eine fundierte Risikoanalyse fehlt bislang ebenso wie belastbare Aussagen zu möglichen Effizienzgewinnen durch die neue Struktur.

Zwar zielt das Vorhaben auf eine effizientere Organisation, doch ein vorlaufendes Gutachten sieht größere Potenziale in Modellen mit stärkerer Landesverantwortung. Dennoch hat sich die Landesregierung entschieden, am kommunalen Fusionsmodell festzuhalten, wenngleich sich die erwarteten positiven Wirkungen bislang kaum abbilden lassen und vermutlich erst mit einem erheblichen Zeitverzug nach vollzogener Fusion der Verbünde und Einschleifen neuer Bestell- und Beschaffungsroutinen eintreten werden.

Im Frühjahr 2026 wird sich der Landtag erneut mit dem Gesetzentwurf befassen. Das Gesetz könnte noch vor dem Sommer 2026 beschlossen werden. Es bleibt daher zentral, die weiteren Beratungen eng zu begleiten und die kommunalen Interessen deutlich zu artikulieren.

Claudia Vago
Referentin
Städtetag NRW

Titelfoto: Exzenterhaus in Bochum

Das Exzenterhaus in Bochum ist mehr als nur ein markantes Hochhaus – es symbolisiert in vielfacher Hinsicht den Wandel, die Zukunftsorientierung und den städtebaulichen Mut der Stadt. Der Sockel ist ein ehemaliger Luftschutzbunker.

Er ist ca. 22 m hoch und trägt darauf einen 15-stöckigen gläsernen Büroturm (von insgesamt 89 m Höhe). 2013 fertiggestellt, wurde es zur höchsten Büroimmobilie im mittleren Ruhrgebiet. Das Exzenterhaus ist zu Recht zu einer markanten Landmarke Bochums geworden – zu einem sichtbaren Zeichen für Wandel und städtische Erneuerung.

(Foto: Lutz Leitmann, Stadt Bochum)



Essen und Dortmund: Kantinen als Lernorte

Wie gelingt es, gesünderes Kantinenessen mit mehr saisonalen und regionalen Produkten und mit weniger Abfall anzubieten? Das kann aktuell in sechs Modellkantinen des Kantinenprogramms der Verbraucherzentrale NRW erlernt werden, beispielsweise in der Betriebskantine der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe in Dortmund und in der Kantine der RGE Servicegesellschaft Essen. Die Modellkantinen setzen auf Gerichte mit einem höheren Anteil an Gemüse, Hülsenfrüchten und Vollkornprodukten sowie auf saisonale Produkte. Als Lernorte bieten sie Hospitationen an und richten Fachveranstaltungen aus und geben so Einblicke in ihre Abläufe.

<http://www.kantinenprogramm.nrw>



Foto: red_orange_stock stock.adobe.com

Deutscher Lesepreis: Auszeichnungen für NRW-Projekte

Beim Deutschen Lesepreis 2026 sind von 400 Bewerbungen mehrere Projekte aus NRW ausgezeichnet worden. In der Kategorie „Herausragendes individuelles Engagement“ erreichte Lina Lee aus Wuppertal den 1. Platz für ihren inklusiven Leseclub „Gemeinsam stark – Kinder mit Büchern fördern“. Das wöchentliche Angebot in einer ehemaligen Krawattenfabrik erreicht 150 Kinder im Grundschulalter, viele davon mit Flucht- und Armutserfahrungen. In der Kategorie „Leseförderung mit digitalen Medien“ ging der 2. Platz an Bahtalo e.V. aus Duisburg: Das dortige Projekt „RESIST! – Deine Story, Deine Stimme!“ stärkt Jugendliche durch kreative Medienarbeit rund ums Lesen.

<https://die-krawatte-wuppertal.de/leseclub>

www.deutscher-lesepreis.de



Lesepreisgewinnerin Lina Lee
(Foto: Stiftung Lesen, Sascha Radke)

„Brücken und mehr“ – Ausstellung im Baukunstarchiv NRW

Die Ästhetik und die Bedeutung von Brückenbauwerken in Nordrhein-Westfalen stehen im Mittelpunkt der neuen Ausstellung „Brücken und mehr“ im Baukunstarchiv NRW. Ab dem 17. April 2026 werden dort im Gartensaal Fotografien von Prof. Cengiz Dicleli präsentiert. Der Fotograf dokumentiert seit vielen Jahren herausragende Ingenieurbauten.

Besonders in seinem Fokus stehen Werke des Brückenbauingenieurs Ulrich Finsterwalder und von dessen langjährigem Weggefährten Herbert Schambeck sowie des Brückenarchitekten Gerd Lohmer. Ulrich Finsterwalder (1897–1988) gilt als einer der einflussreichsten Brückenbauingenieure des 20. Jahrhunderts, Herbert Schambeck (1927–2013) als bedeutender deutscher Brückenbauingenieur der Nachkriegszeit und Gerd Lohmer (1909–1981) als einer der wichtigsten Brückenarchitekten der Nachkriegszeit.

Die überwiegend in Schwarz-Weiß gehaltenen Brückenaufnahmen zeigen die Bauwerke in reduzierter, nahezu zeitloser Form. Störende Elemente wie Verkehrsschilder oder Leitungen wurden bewusst entfernt. Damit sollen die Konstruktionen, die den Alltag prägen und zugleich Ausdruck hoher gestalterischer Qualität sind, als reine Baukunst erfahrbar werden.

Gleichzeitig setzt die Ausstellung ein aktuelles Signal: Viele Brücken in Deutschland sind sanierungsbedürftig oder vom Abriss bedroht. Das Baukunstarchiv NRW will daher nicht nur würdigen, sondern auch zur Diskussion über den Erhalt dieser wichtigen Infrastruktur anregen. Die Ausstellung läuft bis zum 19. Juli 2026.

<https://t1p.de/Brueckenausstellung>



Zoobrücke in Köln (Foto: Cengiz Dicleli)

Digital Awards für Gütersloh, Hamm und Solingen

Die Stadt Gütersloh ist für ihr Innovationsprojekt „Urban Stack“ geehrt worden. Diese neue digitale Plattform bietet Kommunen eine offene, vernetzte und gemeinsam nutzbare Grundlage für Digitalisierungsprojekte. Ziel ist es, einmal entwickelte Lösungen in vielen Kommunen nutzen zu können.

Tätigkeiten zu automatisieren, statt nur die dafür nötigen Daten zu digitalisieren – das ist das Ziel des ausgezeichneten Projektes der Stadt Hamm. Die Stadt setzt dafür auf eine Robotic Process Automation (RPA) und erprobt ergänzend eine intelligente Prozessautomatisierung mit KI. Beides soll Mitarbeitende entlasten und die Verwaltung wirtschaftlicher und zukunftsfähiger machen.

Ein spezielles digitales System das Inhalte zentral pflegt und über diverse Ausgabekanäle wie Apps, Serviceterminals oder Webportale konsistent bereitstellt, ist Kern des ausgezeichneten Projektes aus Solingen.

www.kommdigitale.de





Wirtschaftsbetriebe Duisburg (Foto: Nikolay Dimitrov)

Duisburgs neues Recyclingzentrum: modern, kundenfreundlich, nachhaltig

Groß, gut strukturiert, barrierefrei, etwas digitaler, schöner und kundenfreundlicher: So lassen sich die Anforderungen zusammenfassen, die dem Bau des neuen Recyclingzentrums Mitte der Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD) an der Vygenstraße in Duisburg-Hochfeld zugrunde lagen.

Die moderne Anlage im Herzen Duisburgs bietet zahlreiche digitale und serviceorientierte Neuerungen: Kfz-Kennzeichen-Erkennung bei der Ein- und Ausfahrt, bargeldlose Bezahlterminals sowie die digitale Beschilderung an den überwiegend überdachten Containern erleichtern den Besuch. Über eine Abfall-Express-Einfahrt gelangen Kundinnen und Kunden, die vorab online ein Zeitfenster gebucht haben, schnell und komfortabel auf das Gelände. Eine automatische Fehlwurferkennung meldet falsche Einwürfe, sodass das Fachpersonal sofort reagieren kann.

Nachhaltig gebaut, vielseitig genutzt

Auch in Sachen Nachhaltigkeit setzt das Recyclingzentrum Maßstäbe. Begrünte Dächer auf einer Fläche von mehr als 9.000 Quadratmetern und Regenwassertanks gehören zur umweltfreundlichen Ausstattung. Das gesammelte Regenwasser wird für den Waschplatz genutzt.

Das architektonisch ansprechend gestaltete Gebäude aus Holz, Beton und viel Glas umfasst zwölf helle Büros, Duschen, Umkleiden und Seminarräume. Im Eingangsbereich empfängt eine 20 Quadratmeter große „Greenwall“ mit echten Pflanzen die Besucherinnen und Besucher. Die lichtdurchfluteten Seminarräume im Obergeschoss nutzt unter anderem die Abfallberatung für Bildungs- und Informationsangebote. Weitere Formate zur Umweltbildung sind bereits in

Vorbereitung und stärken den Standort als außerschulischen Lernort.

Entlastung für alle Duisburger Recyclinghöfe

Das neue Recyclingzentrum soll mit seiner Ausstattung und Kundenfreundlichkeit zugleich die übrigen Duisburger Recyclinghöfe entlasten. An allen vier Standorten zusammen werden jährlich rund 650.000 Anlieferungen gezählt. Vor allem an Samstagen im Frühjahr zur Gartensaison und im Herbst während der Laubzeit lassen sich Wartezeiten trotz kundenfreundlicher Öffnungszeiten von montags bis samstags, 8.00 bis 18.00 Uhr, nicht immer vermeiden. Die „Abfall-Express-Spur“ auf dem Recyclingzentrum Mitte schafft hier eine komfortable Alternative und ermöglicht eine Anlieferung ohne Wartezeit.

Der R(h)einladen: wiederverwenden statt wegwerfen

Mit der Eröffnung des Recyclingzentrums im November 2024 ist auch der R(h)einladen an den Start gegangen – der nur einen Katzensprung vom Rhein entfernt liegt. Der Gebrauchtwarenladen bietet für kleines Geld unter anderem Haushaltswaren, Dekoartikel, Spielzeug und Möbel. Das Team organisiert Lagerung, Präsentation und Verkauf der von Kundinnen und Kunden abgegebenen Waren, die so ein zweites Leben erhalten. Nachhaltigkeit und praktischer Umweltschutz werden damit erlebbar. Ziel ist nicht die Gewinnerzielung, sondern die abfallrechtlich gebotene Vorbereitung und Umsetzung der Wiederverwendung gebrauchsfähiger Gegenstände.

Starker Start im ersten Jahr

Bereits im ersten Jahr zeigt sich der Erfolg des Konzepts: 1.800 Spenderinnen und Spender stellten Waren zur Verfügung. 2025 wurden fast 65.000 Artikel an einen Teil der insgesamt 12.670 Besucherinnen und Besucher des R(h)einladens verkauft. Den größten Anteil machten Hausratsartikel aus, daneben fanden auch Möbel, Elektrogeräte und Medien neue Besitzer.

Nach dem Re-Use-Rechner des ifeu-Instituts und der Berliner Senatsverwaltung konnten dadurch potenziell rund 40 Tonnen



Betriebshof Hochfeld (Foto: Andreas Wiese)

CO₂ eingespart werden. Das entspricht etwa 180.000 Kilometern Autofahrt oder 31 Flügen nach New York.

Digitale Orientierung inklusive

Wer sich vorab informieren möchte, kann auf der Webseite der Wirtschaftsbetriebe einen 3-D-Rundgang nutzen. Dort finden sich außerdem Angaben zu aktueller Wartezeit und Auslastung. So lässt sich der Besuch auf dem modernen Recyclinghof bequem planen.

www.wb-duisburg.de

Auszeichnung vorbildlicher Bauten

Das Recyclingzentrum Duisburg Hochfeld hat die „Auszeichnung vorbildlicher Bauten“ erhalten – als eines von 25 preiswürdigen neuen Gebäuden in NRW.

Die Auszeichnung wird alle fünf Jahre durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen an die besten Bauwerke und Objekte der jeweiligen Periode vergeben.

<https://www.aknw.de/baukultur>

Spielplatz-Symposium zeigt Potenziale für die Stadtentwicklung

Spielplätze sind mehr als Geräteflächen: Als gestaltete Räume können sie Quartiere prägen, Begegnung fördern und Stadtentwicklung aktiv mitgestalten. Das Symposium „Spiel macht Stadt“ am 16. Juni 2026 in Bielefeld rückt dieses Potenzial in den Fokus. Ansatz der Veranstaltung ist es, Spielorte als eigenständigen Stadtbaustein neu zu denken und Kinder sowie Jugendliche stärker zu beteiligen. Spielräume sollen als offene, vielfältig nutzbare soziale Orte verstanden werden – von klassischen Spielplätzen bis zu bespielbaren Stadträumen. Impulse aus Planung, Wissenschaft und Praxis sowie eine begleitende Ausstellung ergänzen das Programm. Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung erforderlich.

<https://t1p.de/spielsymposium>

80 Millionen Förderung für mehr Klimaresilienz

Der Bund startet die fünfte Runde des Programms „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“. Dafür stehen 80 Millionen Euro bereit. Städte und Gemeinden können bis zum 30. Juni 2026 Projekte einreichen. Gefördert werden insbesondere Maßnahmen zum Ausbau und zur Stärkung blau-grüner Infrastruktur, darunter Investitionen in Grün- und Freiräume, sowie begleitende Maßnahmen. Ziel ist es, Kommunen bei der klimagerechten Entwicklung zu unterstützen und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Folgen des Klimawandels zu erhöhen. Die Antragstellung erfolgt digital über das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, die Auswahl trifft der Haushaltsausschuss des Bundestages.

www.anpassung-klimawandel.bund.de



MasterplanTool für kommunale Ladeinfrastruktur

Die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur hat ein digitales MasterplanTOOL veröffentlicht. Das kostenlose Angebot soll beim strategischen Aufbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur unterstützen. Mit seiner Hilfe lassen sich individuelle Maßnahmenpläne erstellen. Es enthält einen Informationsteil mit Erklärvideos zu allen Phasen des Ladeinfrastrukturaufbaus, einen Planungsteil, der nach der Registrierung genutzt werden kann, sowie einen Maßnahmenkatalog zu den Bereichen Orientierung, Planung, Vergabe und Genehmigung sowie zu Errichtung und Betrieb.

<https://toolbox.nationale-leitstelle.de>



Ladestationen in Hamm
(Foto: dimas830 stock.adobe.com)



Heimattierpark Olderdissen in Bielefeld

Mein Lieblingsort ist der Heimattierpark Olderdissen. Das ist ein wirklich schöner grüner Ort mitten im Teutoburger Wald. Da kann man toll spazieren gehen und dabei kann man sich die Tiere anschauen, die bei uns hier in der Natur leben. Es ist ein unheimlicher Gewinn, dass wir den Tierpark bei uns in der Stadt haben. Und das Allerbeste: Der Eintritt ist frei, sodass ihn alle Menschen besuchen können – völlig unabhängig von der Größe ihres Geldbeutels.

Rund 450 Tiere leben im Tierpark. Von der Maus über den Uhu bis hin zum Bären – im Tierpark Olderdissen leben viele unterschiedliche Tiere. Was sie aber vereint: Fast alle sind „von hier wech“ – zumindest waren sie es mal. Darum steht auch immer noch das Wörtchen „Heimat“ im Tierparknamen.

In den großzügigen Anlagen, die neuste zoologische Erkenntnisse in Sachen artge-

rechter Haltung erfüllen, fühlen sich Wölfe, Gämsen, Wisente oder Fischotter wohl. Einige Tierparktiere sind irgendwann gekommen und geblieben – auch ohne Zäune. Die freilebenden Störche oder Reiher haben den Tierpark als ihren Lebensmittelpunkt auserkoren. Und die Alpenmurmeltiere betrachten den gesamten Tierpark als ihr Revier.

Der Heimattierpark Olderdissen ist weitläufig. Er liegt in einem etwa 16 Hektar großen Gelände mitten im Teutoburger Wald und ist durchzogen von (Fern-)Wanderwegen. Vom Wald direkt hinein in den Park – das macht diesen Tierpark so besonders.

Dr. Christiana Bauer,
Oberbürgermeisterin
der Stadt Bielefeld

www.bielefeld.de/tierpark



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
www.staedtetag-nrw.de/presse/folgen-sie-uns

Christian Schuchardt
Geschäftsführendes Präsidialmitglied

Timm Steinborn (V.i.s.d.P.)
Leiter Abteilung Kommunikation
und Medien

Redaktionsleitung: Uwe Schippmann
Mitarbeit: Janina Hausner
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Gabriele Klein,
Media Cologne GmbH, Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, April 2026